

(Staatssekretär Dr. Andre Baumann)

die Tatsache. Das geht auch aus dem Monitoringbericht der kommunalen Landesverbände, die dafür verantwortlich sind, hervor. Wir haben also noch ausreichende Deponiekapazitäten in Baden-Württemberg über eine Dekade hinaus. Ganz klar, es gibt regionale Unterschiede, und in einigen Regionen wie z. B. im Oberrheingraben muss zeitnah neuer Deponieraum geschaffen werden.

Bedenkt man die langen Zeiträume für die Planung von Erweiterungen oder von neuen Deponieprojekten, dann wird klar: Der Deponieausbau ist eine der Schwerpunktaufgaben in den nächsten Jahren. Denn ein Entsorgungsnotstand in der Zukunft muss jetzt vermieden werden – ganz klar.

Meine Damen und Herren, das Land Baden-Württemberg hat erfolgreich den Weg hin zu Abfallvermeidung, Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz eingeschlagen. Wir wollen die Kreislaufwirtschaft in den kommenden Jahren weiter voranbringen und die Rückgewinnung von Sekundärrohstoffen weiter stärken. Auch damit leisten wir einen Beitrag, um Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch im Land noch stärker zu entkoppeln. Dabei zeigt sich einmal mehr: Grün-Schwarz steht für die Aussöhnung von Ökonomie und Ökologie.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** In der zweiten Runde erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE Frau Abg. Lisbach.

**Abg. Bettina Lisbach GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte ganz kurz noch auf ein paar Punkte eingehen, die jetzt in der Debatte zur Sprache kamen.

Das eine war die Behauptung, wir hätten uns dem Beschluss eines Wertstoffgesetzes verweigert. Aber ich glaube, ich habe es vorhin ganz deutlich gesagt: Ein Wertstoffgesetz ist nur dann vernünftig und macht für uns nur dann Sinn, wenn es die Abkehr vom dualen System vorsieht und wenn es außerdem die Sammlung der Wertstoffe in die Hände der öffentlich-rechtlichen Entsorger gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Alles andere macht für uns keinen Sinn. Es darf auch keine Rosinenpickerei zulasten der Kommunen geben. Das ist für uns ganz wichtig.

Herr Born, Sie hatten ein paar Scheinwidersprüche aufgemacht. Sie sagten, die Landesregierung müsse ihre Hausaufgaben erfüllen.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Polemik!)

Aber Sie haben keine einzige Aufgabe benannt, die wir nicht erfüllt hätten.

Sie haben Widersprüche in der Rede des Kollegen Rombach und in meiner Rede ausgemacht.

(Zuruf des Abg. Karl Rombach CDU)

Wir haben unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt und uns prima ergänzt. Natürlich ist auch das Thema Deponiekonzepti-

on ganz wichtig. Aber ich habe keinerlei echte Widersprüche erkannt. Vielmehr ist die Landesregierung hier, denke ich, gemeinsam mit uns auf einem guten Weg.

Sie sagen – das freut mich ja auch –, dass Sie weiterhin hinter einem echten Wertstoffgesetz stehen, auch hier im Land.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Dann setzen Sie sich bitte auf Bundesebene in der Großen Koalition dafür ein, setzen Sie sich bei Ihren Kolleginnen und Kollegen im Bund dafür ein, dass sie das gemeinsam mit uns auf den Weg bringen und unsere Forderung im Bundesrat unterstützen.

Abschließend will ich mich noch dem Dank an die vielen Menschen anschließen, die in der Müllabfuhr täglich eine ganz wichtige und gute Arbeit leisten. – Damit will ich es für heute bewenden lassen.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 16/952. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der AfD und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – „Genderforschung“ an baden-württembergischen Hochschulen offenlegen – Drucksache 16/1218**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

– Herr Vizepräsident a. D.! –:

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Danke!)

für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Dr. Merz.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

**Abg. Dr. Heiner Merz AfD:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren! Wir sprechen heute nicht nur darüber, welcher Irrsinn in der Genderideologie an unsere Hochschulen getragen wurde, sondern auch darüber, ob eine Ministerin, die nicht nur dem Landtag, sondern auch den Hochschulen gegenüber die Unwahrheit sagt, noch tragbar ist. Denn genau das ist wieder einmal passiert. Gerade vor dem Hintergrund, dass dieses Haus so gern sein Königsrecht beschwört, nämlich über den Landeshaushalt beschließen zu können, ist es unsere ureigene Auf-

(Dr. Heiner Merz)

gabe und Pflicht, ebenfalls nach der korrekten Verwendung dieser Haushaltsmittel zu fragen.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-  
deon [fraktionslos])

Dieser Pflicht als Landtagsabgeordneter bin ich nachgekommen. Ich habe nach den Kosten und Ausgaben für die Erfindung von irgendwelchen Gaga-Geschlechtern und weiterem diesbezüglichen Unfug, also der sogenannten Genderforschung, gefragt. Die Antwort des Ministeriums war, wie so oft, ernüchternd. Sie lautete, man könne das nicht so genau sagen,

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

und eine Erhebung sei mit vertretbaren Mitteln nicht umzusetzen. – Aha.

Glücklicherweise können unsere Hochschulen sehr genau darlegen, wofür sie Steuermittel ausgeben. Daher habe ich mich direkt an die Hochschulen gewandt und zunächst auch detaillierte Antworten erhalten, bis das Ministerium auf meine Initiative aufmerksam wurde und sogleich bei den Hochschulen intervenierte mit der wahrheitswidrigen Behauptung, mir seien diese Fragen schon beantwortet worden. Weiter unterstrich es gegenüber den Hochschulen hier seine eigene, alleinige Zuständigkeit und hat den Hochschulen explizit verboten, mir hier direkt zu antworten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zurufe von der  
AfD: Pfui! – Buh! – Unglaublich!)

Einem Abgeordneten und Hochschulleitungen gegenüber bewusste Falschbehauptungen abzugeben, das ist schon ein starkes Stück.

(Beifall bei der AfD)

Dieses Verhalten und diese mehr als fragwürdige Informationspolitik der Ministerin gegenüber dem Landtag sind jedoch nicht neu und sind für sie bezeichnend. Ich erlaube mir, diesbezüglich aus der Rede von Herrn Abg. Dr. Bullinger am 25. November 2015 hier im Landtag wörtlich zu zitieren:

*Eine Ministerin täuscht den Landtag und die Öffentlichkeit, schreckt vor der Verbreitung der Unwahrheit nicht zurück. Sie und ihr Ministerium handelten rechtswidrig.*

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Da wird es Zeit für einen Rücktritt!)

Auch die jüngst verspätete Aktenübergabe im Untersuchungsausschuss „Zulagen Ludwigsburg“ sowie das Tricksen und Täuschen des Ministeriums bei der Offenlegung linksextremer Strukturen an den Hochschulen sind für diese grüne Ministerin exakt symptomatisch. Hierauf werden wir, die AfD-Fraktion, demnächst ebenfalls zu sprechen kommen.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Bei Extremismus kennen Sie sich aus! Das ist richtig!)

Falls Frau Ministerin Bauer noch länger im Amt bleibt, wird es daher sicher auch nicht das letzte Mal sein, dass wir uns hier mit solchem amtsunwürdigen Verhalten befassen müssen.

(Beifall bei der AfD)

Gender ist weder Wissenschaft, noch wirkt sich dieser Wahn irgendwie positiv auf unsere Gesellschaft aus. Nur die Genderquatschtreibenden selbst reden sich einen angeblichen Sinn, Nutzen und eine Notwendigkeit ein, nehmen Einfluss auf einfältige Politiker und erklären zur Norm, was biologisch allenfalls ein Hundertstel bis Zehntel Promille einer Gesellschaft beinhaltet. Im derzeitigen linksgrünen Zeitgeist übersatter Länder werden so Strukturen und Versorgungswerke geschaffen, welche die „nonsenste“ Truppe dieser Disziplin hervorbringen und versorgen.

Doch kein Wirtschaftsunternehmen und auch nicht unser Volk brauchen zeigefingerhebende Beauftragte, die die angebliche Existenz von drei, vier oder 67 Geschlechtern fantasieren und solches dann ja, beauftragt, anmahnen. Nur deshalb müssen derlei Strukturen von irgendwelchen Ministerien staatlich gefördert und der Gesellschaft und der Wirtschaft aufgezwungen werden. Kein normal Denkender würde je auf solch eine Absurdität kommen.

(Beifall bei der AfD – Abg. Daniel Andreas Lede  
Abal GRÜNE: Beziehen Sie sich mit ein oder nicht?  
– Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Man könnte dieses bunte Treiben durchaus belustigt zur Kenntnis nehmen, wenn hierfür kein Steuergeld verschwendet würde und wenn sich diese Ideologen nicht zum verbissenen Ziel gesetzt hätten, unsere Gesellschaft nachhaltig zu deformieren.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das sind doch  
Sie!)

Wir wissen, dass wir mit unseren Aufdeckungen einen leider erheblichen Teil dieses Hauses nicht erreichen werden. Aber gerade diejenigen, die von diesem als „Wissenschaft“ absurd etikettierten Genderschwachsinn überzeugt sind, dürften kein Problem damit haben, den Bürgern darzulegen, in welcher Höhe Mittel für solche Umtriebe ausgegeben werden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Daher beantragen wir, das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst aufzufordern, endlich die Kosten für Genderlehrstühle und Genderveranstaltungen hier im Lande offenzulegen. Kostentransparenz bei der Ausgabe von Steuergeldern sollte das Mindeste sein, was die Steuerzahler in diesem unserem Land erwarten können.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich der Kollegin Lösch das Wort.

**Abg. Brigitte Lösch GRÜNE:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum wiederholten Mal müssen wir uns mit einem AfD-Antrag auseinandersetzen, der rein ideologisch geprägt

(Zurufe von der AfD)

und mit Unterstellungen und Behauptungen nur so gespickt ist,

(Zuruf des Abg. Stefan Rappke AfD)